



**Geschäftsführung
Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben,
Schwule und Transgender**

Herr Rahmfeld

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: christian.rahmfeld@stadt-koeln.de

Datum: 23.10.2013

Niederschrift

über die **Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 23.09.2013, 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jochen Saurenbach	Bartmänner Köln e.V.
Sophie Sänger	TX Köln
Herr Pascal Siemens	KLuST e.V.
Frau Ina Wolf	KLuST e.V.
Dr. Beate Blatz	Sozialwerk für Lesben und Schwule e.V. / Beratungszentrum Rubicon
Herr Marco Malavasi	LSVD OV Köln
Herr Michael Schumacher	Aidshilfe Köln e.V.
Herr Michael Lohaus	SC Janus e.V.
Frau Dagmar Ziege	SC Janus e.V.

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Herr Andreas Wolter	GRÜNE
Herr Ulrich Breite	FDP
Herr Michael Gabel	proKöln

Verwaltung

Frau Beigeordnete Henriette Reker	Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt (V)
Herr Christian Rahmfeld	Punktdienststelle Diversity 5001/3
Frau Maria Knaup	Punktdienststelle Diversity 5001/3
Herr Frieder Wolf	Amt des Oberbürgermeisters (01/4)
Herr Franco Prandi	Personal- und Organisationsamt (111/2)
Herr Michael Ehrenfried	Amt für öffentliche Ordnung (327/1)
Frau Karin Siep	Amt für öffentliche Ordnung (327/1)

Herr Dr. Robert Becker	Dezernat V
Frau Barbara Steinraths	Amt für Soziales und Senioren (50)
Frau Anne Luise Müller	Stadtplanungsamt (61)
Herr Gerald Hennen	SchLeKS

Gäste

Ute Schönenberg	Wirtschaftsweiber e. V.
Herr Armin Lohrmann	Völklinger Kreis e.V.

Entschuldigt fehlen:

Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD-Fraktion
Herr Thomas Haas	Jugendzentrum anyway e.V.
Frau Charlotte Widmann	TX Köln e.V.

Frau Reker teilt zu Beginn der Sitzung mit, dass der TOP 5.4 – Bebauungspläne – vorgezogen werden soll, da Frau Anne Luise Müller (Amt 61) nicht bis zum Schluss an dieser Sitzung teilnehmen könne.

Weiterhin schlägt Frau Reker vor, die Anfrage von Herrn Saurenbach zum Thema Bürgerhäuser mit dem Tagesordnungspunkt 5.2 zusammen zu behandeln.

Weitere Änderungs- oder Ergänzungswünsche zur Tagesordnung seitens der Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender liegen nicht vor.

Da Einvernehmen über die Änderungswünsche besteht, ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung**
- 3 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**
- 4 Diversity**
- 5 Sachstandsberichte und Mitteilungen**
 - 5.1 Städtepartnerschaften
 - 5.1.1 AN/1150/2013: Wolgograd – Eskalation von Gewalt gegen Lesben und Schwule
 - 5.2 Sachstand Bürgerhäuser
 - 5.3 Konferenz zum Internationalen Tag gegen Homophobie und Transphobie 2013 in Den Haag 2279/2013

- 5.4 Bebauungspläne
- 5.5 Bauvorhaben Gürzenich
- 6 Berichte aus Ausschüssen**
- 7 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen**
- 8 Anfragen/Anträge**
- 9 Öffentlichkeitsarbeit**
- 10 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender**
- 11 Verschiedenes**

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung zur Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Frau Reker begrüßt die anwesenden Mitglieder und Gäste und stellt Frau Maria Knaup den Teilnehmerinnen und Teilnehmern vor. Frau Knaup sei seit dem 01.09.2013 in der neuen Punktdienststelle Diversity mit einer halben Stelle für den Bereich Lesben, Schwule und Transgender verantwortlich. Sie werde Herrn Rahmfeld bei seiner Arbeit in diesem Themenfeld ergänzen. Die zweite Hälfte ihrer Stelle wird sie im Fachgebiet Behindertenpolitik ausfüllen. Beide werden ab dem 26.09.2013 in der Rheingasse 11 ein gemeinsames Büro beziehen.

Frau Knaup stellt sich den Anwesenden kurz vor: Sie habe eine Ausbildung zur Medienkauffrau absolviert und habe dann das duale Studium für den gehobenen Dienst bei der Stadt Köln angetreten. Sie freue sich sehr, dass sie nun für den Bereich Lesben, Schwule und Transgender tätig werden könne und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit.

2 Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung und der Tagesordnung

Frau Dr. Blatz teilt mit, dass sie entgegen der Auflistung in der Teilnehmerliste doch an der letzten Sitzung teilgenommen hat.

Herr Gabel merkt an, dass die Gruppierung pro Köln nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts nicht rechtsextrem sei. Er bittet, dies zu Protokoll zu nehmen.

3 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Frau Reker erklärt nochmals, dass die Anfrage von Herrn Saurenbach zu Bürgerzentren und Bürgerhäusern unter TOP 5.2 behandelt werde.

4 Diversity

Frau Reker gibt einen kurzen Sachstand zur Entwicklung im Bereich Diversity:

Alle Dienststellen, die zu der Punktdienststelle Diversity zusammen gefasst werden, ziehen am 26.09.2013 in das Gebäude in der Rheingasse 11. Sie werden dort einen gemeinsamen Standort haben. Die Stelle des Behindertenbeauftragten werde zum 01.10.2013 neu besetzt. Herr Dr. Bell werde diese Aufgabe übernehmen. Das Kommunale Integrationszentrum sei seit 1.8. eingerichtet; es werde nun Aufgaben der RAA übernehmen, das sich um Kinder und Jugendliche aus Familien mit Zuwanderungsgeschichte gekümmert habe. Zusätzlich werde es Aufgaben des Interkulturellen Referates wahrnehmen. Das Auswahlverfahren für die Leitungsstelle sei bereits abgeschlossen und es bestehe Zuversicht, diese Stelle schnellstmöglich zu besetzen. Auch die Leitung der Punktdienststelle Diversity sei intern und extern ausgeschrieben worden. Es habe eine Vielzahl von Bewerberinnen und Bewerbern gegeben; die Auswahlrunden haben bereits begonnen. Frau Reker sei optimistisch, dass eine Person mit guten neuen Ideen gefunden werde, die diese Herausforderung übernehme. Die Entwicklung des Konzepts sei ein längerer Prozess. Es sei wichtig diese Aufgabe nun anzugehen, um die vorhandenen Potentiale zu heben. Der Oberbürgermeister werde das Schreiben der stimmberechtigten Mitglieder in Kürze beantworten.

5 Sachstandsberichte und Mitteilungen

5.1 Städtepartnerschaften

5.1.1 AN/1150/2013: Wolgograd – Eskalation von Gewalt gegen Lesben und Schwule

Herr Dr. Schulz trägt vor, dass die vorliegende Resolution von den Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP in der nächsten Ratsitzung am 01.10.2013 gestellt werden werde. Es handele sich nicht um einen Akt der Missachtung der StadtAG LST, dass der Antragstext nicht schon früher kommuniziert worden sei. Die Zeit bis zur nächsten Ratsitzung sei jedoch sehr knapp, so dass eine vorherige Diskussion in der StadtAG LST nicht mehr in Frage gekommen sei. Jede Diskussion im Rahmen der Städtepartnerschaften, und gerade eine Diskussion in der es um die Einhaltung der Menschenrechte gehe, sei auf die Tätigkeit der gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen angewiesen. Der Dialog dürfe nicht nur auf der politi-

schen Ebene, sondern müsse auch mit den Betroffenen geführt werden. Er bittet, die vorliegende Resolution als Chance zu begreifen, dass ein Dialog auf allen Ebenen geführt werden solle.

Herr Malavasi drückt seine Freude über die Initiative des Rates aus. Er kritisiert, dass die Mitglieder der StadtAG LST nicht im Vorfeld an der Entstehung der Resolution beteiligt worden seien, da den Ratsfraktionen bekannt gewesen sei, dass sich diese bereits mit dem Thema auseinandersetzen. Es habe ein Gespräch mit dem Städtepartnerschaftsverein Köln-Wolgograd stattgefunden. Hier habe sich herausgestellt, dass man über die Petition mit dem Ziel, die Städtepartnerschaft ruhen zu lassen, gut ins Gespräch gekommen sei und nun gemeinsame Projekte geplant seien. Diese Projekte passten sehr gut zum Text der Resolution. Er freue sich sehr, wenn nun gemeinsame Gespräche unter Beteiligung der Verwaltung zustande kommen. Die Kräfte sollten nun gebündelt werden und es solle versucht werden, gemeinsam mit allen Akteuren etwas auf die Beine zu stellen. Der LSVD OV Köln habe bereits zu Aktivisten in Wolgograd Kontakt aufgenommen und werde diese auf eigene Kosten nach Köln einladen. Wichtig sei, von ihnen zu erfahren, was aus ihrer Sicht Sinn mache. Auch Herr Völker vom Förderverein habe darauf hingewiesen, dass man an dem konkreten Beispiel des Mordes an einem schwulen Mann in Wolgograd nochmals auf die Rechtsstaatlichkeit in Russland hinweisen könne.

In der Resolution der Ratsfraktionen seien die Transgender nicht berücksichtigt worden. Dies sei ihm in Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen von TX Köln aufgefallen. Es sei gut, wenn die Transgender in der Resolution noch Berücksichtigung fänden, weil es sich nicht um eine Anti-Homo, sondern um eine Anti-Homo- und Anti-Trans*-Gesetzgebung in Russland handele.

Herr Lohaus bedankt sich für die klaren Worte, die die vier Fraktionen gemeinsam gefunden haben. Es sei sehr schwierig, als Stadtparlament die russische Gesetzgebung zu kritisieren und zu verurteilen. Er hoffe, dass die angestrebten Gespräche zielführend seien und man so etwas erreiche.

Herr Schuhmacher dankt ebenfalls den vier Fraktionen für die gemeinsame Initiative. Man solle über Wolgograd hinaus in Erfahrung bringen, ob auch in anderen Partnerstädten Menschenrechte verletzt werden. Es sei mehrfach darauf hingewiesen worden, wie wichtig es ist, Vertreterinnen und Vertreter der Städte, in denen derartige Probleme auftauchen, zu Veranstaltungen wie dem CSD einzuladen. Dies müsse die Politik ermöglichen.

Herr Wolter erläutert, dass er sich im Anschluss an die Petition mit Bürgermeisterin Scho-Antwerpes zusammen gesetzt habe, um dieses wichtige Thema aufzunehmen. Auch der Partnerschaftsverein habe gebeten, die Petition, in der es um die Ruhendstellung der Städtepartnerschaft mit Wolgograd ging, nicht umzusetzen, weil es wichtig sei, im Gespräch zu bleiben. Bei internationalen Angelegenheiten sei es üblich, dass die großen Fraktionen gemeinsam beschließen, um dem Anliegen das nötige Gewicht zu verleihen. Wichtig sei vor Allem, im Dialog zu bleiben, sowohl auf Verwaltungsebene, als auch im Bereich der Initiativen. Aus zeitlichen Gründen sei es nicht möglich gewesen, sich vor Erstellen der Resolution an die örtlichen Initiativen zu wenden, weil die nächste Ratsitzung erst im Dezember 2013 stattfinde.

Auch russischsprachige schwul-lesbische Organisationen haben mitgeteilt, dass es wichtig sei, im Gespräch zu bleiben und deshalb auch nicht die Olympischen Spiele in Sotschi zu boykottieren. Im Jahr 2009 seien bereits Partnerinnen und Partner aus vier

Städten eingeladen worden. Damals habe es finanzielle Mittel für diesen Austausch gegeben. Es sei nun wichtig, in Erfahrung zu bringen, ob für 2014 erneut Mittel bereit gestellt werden können, um Gäste hier würdig zu empfangen. Im Rahmen des 25-jährigen Partnerschaftsjubiläums mit Wolgograd habe er mit dem ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Wolgograd gesprochen. Er habe das Thema positiv aufgenommen und werde die dortige Verwaltung bitten, auf das Schreiben des Oberbürgermeisters aufgrund der Resolution zu reagieren. Es gebe in Russland allerdings immer Vorbehalte aufgrund der Geschichte im 20. Jahrhundert. Er hoffe, dass es für die Resolution im Rat zu einer Ergänzung um die Transgender, die versehentlich nicht mit aufgeführt seien, komme.

Frau Sänger weist nochmals darauf hin, dass Transgender in Russland verfolgt werden. Es sei deshalb sinnvoll und erforderlich, diese Gruppe mit in die Resolution aufzunehmen.

Herr Wolf ist dankbar für die Ratsinitiative. Diese helfe sehr in der städtepartnerschaftlichen Arbeit. Der Oberbürgermeister habe im Kontakt mit Wolgograd bereits seine Sorge über die Situation zum Ausdruck gebracht. In Verwaltung und Stadtspitze sei das Thema präsent. Auch Herr Wolf habe mit dem ehemaligen Wolgograder Oberbürgermeister gesprochen. Seine Stimme habe heute noch dort ein großes Gewicht.

Die Verwaltung in Köln verstehe sich als Partner der Initiativen. Er sei gerne etwas früher an dem nun angestoßenen Prozess beteiligt worden. Man solle, bevor man allgemein die Menschenrechte auch in anderen Partnerstädten hinterfragt, die Probleme in Wolgograd vordringlich behandeln, um die Initiative nicht zu verwässern.

Für die Einladungen zum CSD für 2014 und 2015 in dem gleichen Rahmen, wie es 2009 geschehen sei, als die Städte Thessaloniki, Istanbul, Kattowitz und Tel Aviv eingeladen wurden, sehe er Probleme. Damals sei aus Istanbul niemand offiziell angereist und es habe auf die Einladung keine Reaktion gegeben. Kattowitz habe mitgeteilt, dass die Einladung unerwünscht sei. Thessaloniki habe nicht reagiert. Tel Aviv sei offiziell vertreten gewesen. Ohne dass der Rat zusätzliche Mittel bereit stelle sei eine Finanzierung aus dem Budget der Verwaltung nicht möglich; man müsse bei der Einladung für vier Partnerstädte mit mindestens 10.000 Euro rechnen. Es sei hilfreich, wenn der Rat Mittel für die CSD-Besuche bereit stelle. Eine Finanzierung über Förderöpfe sei problematisch, weil es sich im Wesentlichen um Städte handle, die nicht der EU angehören. In Bethlehem sei LST ein Tabuthema, in Tel Aviv gebe es dagegen viel Unterstützung. In Palästina sei das Thema aber insgesamt noch schwieriger zu behandeln als in Russland. Man könne den Kontakt zu Partnerstädten nicht wegen eines Themas abbrechen, weil diese für die Stadt Köln ansonsten sehr wichtig seien.

Herr Breite teilt mit, er habe den Entwurf der Resolution auch dem Städtepartnerschaftsverein vorgelegt. Dort sei dieser sehr positiv aufgenommen worden. Herr Völker begrüße es, dass nun schon gemeinsame Projekte mit dem LSVD entstanden seien. Er hoffe, dass der Oberbürgermeister in Zukunft die Mitreise nach Wolgograd wieder zulasse. Es sei vorgesehen, dass die Ratsmitglieder bei 25-jährigen Städtepartnerschaftsjubiläen die Möglichkeit haben, diese zu besuchen. Er sei sich sicher, dass man im Rahmen dieser Reisen auch Gespräche über die problematischen Themen führen könne. Dabei könne man sich auch einen Eindruck über die dortige Lebenssituation verschaffen. Er habe sich gewünscht, dass die die Themen Menschenrechte und LST auch in Peking angesprochen worden seien. Diese Möglichkeit sei allerdings verpasst worden.

Herr Gabel stellt fest, dass man nicht auf seine Fraktion zugekommen sei, um den Ratsantrag zu unterstützen. Es sei nach den Erfahrungen mit der Regenbogenbrücke im Jahr 2010 wichtig, dass man das Thema anspreche und die Menschen vor Ort unterstütze. Auch er sei gerne dazu bereit.

Herr Saurenbach erläutert, dass die Bartmänner einen Partnerschaftsverein in Istanbul haben. Kontakte über die dortige Stadtverwaltung herzustellen sei nicht möglich, da diese sehr konservativ sei. Der Kontakt zu der Partnergruppe in Istanbul funktioniere aber sehr gut. Ähnliches habe er über die Kontakte von Frau Dr. Blatz zu ihren Partnern in Kattowitz erfahren. Es sei sinnvoll, diese Beziehungen zu nutzen, um das Thema voran zu bringen.

Herr Siemens betont, dass der KLuST e.V. den Ratsantrag unterstütze und bedankt sich für die Initiative der Fraktionen. Um eine größere Wirkung zu erzielen bittet er, den Antrag mit allen Kräften zu begleiten. Die Stadt Köln als größte Stadt in NRW stehe unter Beobachtung, weil auch Berlin schon etwas unternommen habe und mit dieser Initiative Wirkung über die Stadt Köln hinaus erzielt werden könne. Das Anliegen sollte mit allen Kräften unterstützt werden.

Herr Malavasi fragt grundsätzlich, wie man die Initiative auch auf andere Situationen ausweiten könne. Auch in anderen Städten, wie beispielsweise Tunis und Peking, sei die Lage problematisch. Es gebe allerdings auch Städte, von denen wir noch lernen könnten; der Internationale Tag gegen Homo- und Transphobie (IDAHO) sei hier ein gutes Beispiel. Dies sollten wir im Rahmen der Städtepartnerschaften nutzen. Es gebe sehr gute Kontakte nach Rio de Janeiro. Es stelle sich die Frage, ob das Referat für LST das Thema weiter forcieren könne, indem die Fördervereine angeschrieben werden um zu sehen, wie in den Partnerstädten die Situation vor Ort sei. So könnten sich Politik, Verwaltung und Initiativen eine gemeinsame Vorgehensweise überlegen. Der LSVD sei gerne bereit, Verantwortung zu übernehmen. Der Verein habe den großen Vorteil, über den Bundesverband über sehr viele Ansprechpartner in allen Städten weltweit zu verfügen. Die internationale Arbeit sei ein großes Potential und solle verstärkt werden. Die Stadt Köln solle zum Ausdruck bringen, dass Vielfalt ein wichtiges und sinnvolles gesellschaftspolitisches Thema sei. Er bittet Herrn Rahmfeld, die Initiative zu ergreifen und das Thema in einer gemeinsamen Runde im November zu erörtern. So könne man die Angelegenheit in der einen oder anderen Stadt bereits thematisieren, bevor sie akut werde.

Herr Wolter betont, dass die Kommunen nicht Teil der staatlichen Außenpolitik seien. Europa solle von unten durch gute Kontakte wachsen, die gepflegt werden müssten. Man solle im Rahmen einer Förderung durch die EU prüfen, ob Aktivitäten mit Cluj, Kattowitz und Thessaloniki möglich seien. Gleichzeitig sollten Städte wie Barcelona oder Rotterdam eingebunden werden, von denen man eventuell etwas lernen könne. Es sei sehr schwierig, mit offiziellen Partnern in Wolgograd in Kontakt zu treten. Es gebe keine breit aufgestellte Community und man könne nur mit wenigen vereinzelt Kontaktmöglichkeiten rechnen. Es sei wünschenswert, LSBT-Aufklärungsprojekte auch zum Gegenstand der Austauschprogramme in Köln zu machen und dabei die Initiativen der Community mit Besuchergruppen zusammen zu bringen.

Herr Wolf teilt dazu mit, dass viele der genannten Vorschläge schon umgesetzt werden. Es sei richtig, diese Vorhaben weiter zu systematisieren und in Besucherprogramme mit aufzunehmen. Auch sei es sinnvoll, von gut aufgestellten Partnerstädten zu lernen. In dem EU-Projekt AHEAD, das von seiner Abteilung zusammen mit dem Referat sehr erfolgreich durchgeführt worden sei, sei es um diesen Ansatz gegangen.

Der EU-Städtepartnerschafts-Fördertopf sei recht aufwendig zu bewirtschaften. Er finanziere ausschließlich Besuche aus Partnerstädten in EU-Mitgliedsländern. Er werde gerne mit einer Gruppe, die aus dem Kreis der StadtAG LST komme, an diesem Thema arbeiten. Das Büro für Internationales sei für die Erschließung der Fördermittel zuständig. Für Städtepartnerschaften sei nicht das Referat für LST, sondern das Büro für Internationales die zuständige Fachabteilung.

Der Erfolg der städtepartnerschaftlichen Arbeit sei abhängig vom Engagement der Fördervereine und der Stadtgesellschaft. Köln könne nur so erfolgreich agieren, weil Vieles unabhängig von Rat und Verwaltung initiiert werde. Für die Zusammenarbeit mit Peking im Chinajahr haben jedoch konkrete Vorschläge gefehlt. Es habe eine Veranstaltung stattgefunden, die keinen Eingang mehr in das Chinajahr gefunden habe. Auch im Rahmen der Regenbogenbrücke mit Tel Aviv habe es enge Kontakte gegeben. Es sei schade, dass die Community in Tel Aviv Berlin interessanter finde als Köln. Dennoch gebe es viele enge Kontakte zu Tel Aviv, auch wenn viele junge Menschen zurzeit eher Berlin als Köln besuchen wollten. Das Thema solle dennoch in enger Kooperation mit der StadtAG LST weiter verfolgt werden. Er freue sich auf die weitere Zusammenarbeit.

Herr Schuhmacher ist froh, dass über die Stadt Köln versucht werden kann, Fördermittel der EU zu beantragen. Die Organisationen werden dazu gerne einen inhaltlichen Beitrag leisten.

Frau Reker trägt vor, dass vom Jugendzentrum anyway niemand an der heutigen Sitzung teilnehmen könne. Es gebe jedoch ein Schreiben von Herrn Haas, dessen Inhalt sie gerne vortragen wolle:

„Das Jugendzentrum anyway unterstützt den von den Ratsfraktionen eingebrachten Antrag bezüglich der Eskalation von Gewalt gegen Lesben und Schwule in der Partnerstadt Wolgograd.

In Übereinstimmung mit den stimmberechtigten Mitgliedern der Stadt AG Lesben und Schwule und Transgender halten wir die Erweiterung des Antrages um folgende Punkte für notwendig, um der umfänglichen Verletzung von Menschenrechten klar entgegenzutreten:

1. Wir bitten um Benennung der ebenfalls von den Gewaltakten betroffenen Zielgruppe der Trans*Menschen
2. Die Gewaltakte gegen Lesben, Schwule und Trans*Menschen betreffen nicht nur die Bevölkerung von Wolgograd. Die bestehende Städtepartnerschaft zwischen Wolgograd und Köln bedeutet natürlich eine besondere Verantwortung; jedoch sollte auch aus unserer Sicht darauf aufmerksam gemacht werden, dass sich durch die Ratifizierung dieses Gesetzes die gesamte Russische Föderation von der Europäischen Menschenrechtskonvention abwendet und Menschen an Körper und Geist brutal leiden.

Als Jugendzentrum sehen wir die Gefahr, dass insbesondere junge Menschen – wenn sie selber lesbisch, schwul oder trans* sind – von Beginn an in die Opferrolle gebracht werden und zum anderen durch die fehlende – weil verbotene – Information Hass, Gewalt und Unfreiheit in den Köpfen von Jugendlichen gesät wird.“

Frau Reker ruft nochmals TOP 5.1 auf und fragt, ob die im Vorfeld gestellten Fragen durch Herrn Wolf geklärt werden konnten.

Herr Saurenbach fragt, ob die Kontakte nun auch über die Stadtverwaltung hergestellt werden sollten oder ob diese auch direkt über die Initiativen hergestellt werden können.

Frau Dr. Blatz äußert dazu, dass die Verwaltung in ihrer Zuständigkeit tätig werden solle und die Initiativen ihren Teil dazu beitragen.

Herr Wolf erklärt, dass von den Organisationen häufiger der Wunsch an den Oberbürgermeister heran getragen worden sei, in den offiziellen Kontakten Farbe zu bekennen. Es müsse dabei abgewogen werden, an welcher Stelle dies nütze oder sich eher als kontraproduktiv herausstellen könne. Die Stadtgesellschaft und die NGOs seien dabei oft viel freier als die Verwaltung, weil sie offensiver agieren könnten. Die Verwaltung und der Oberbürgermeister haben jedoch die Verantwortung, in sinnvoller Weise auf Probleme hinzuweisen. Auch die Einladungen in 2009 auf Initiative des Rates seien ein wichtiges Signal an die Partnerstädte gewesen.

5.2 Sachstand Bürgerhäuser

Herr Saurenbach habe in der letzten Sitzung die Frage gestellt, ob es Unterschiede zwischen den städtischen und anderen Bürgerhäusern gebe.

Frau Steinraths führt dazu aus, es habe den Beschluss über den Doppelhaushalt gegeben, wonach für 2014 ein Konsolidierungsbeitrag von 260.000 Euro veranschlagt worden sei. Dieser sei deutlich niedriger als der Betrag, der ursprünglich vorgesehen worden war. Es gebe eine Reihe von Maßnahmen (insgesamt vier) mit einem Finanzvolumen von 192.300 Euro, die ausschließlich die städtischen Bürgerhäuser betreffen. Es sei nicht vorgesehen, dass Betriebskostenzuschüsse bei den freien Trägern gekürzt werden, da diese schon seit 2011 Personalkostensteigerungen auffangen mussten. Es gebe eine mittelbare Reduzierung bei den freien Bürgerhäusern, wo die Bauunterhaltung gekürzt bzw. gestreckt werde. In der Vorlage 2663/2014, die zurzeit in den Bezirksvertretungen Kalk, Innenstadt und Chorweiler und im AVR behandelt werde, werden die Maßnahmen dezidiert beschrieben.

5.3 Konferenz zum Internationalen Tag gegen Homophobie und Transphobie 2013 in Den Haag 2279/2013

Frau Sänger begrüßt die gemeinsame Aktion der Europäischen Länder und freut sich über die Unterstützung durch die Stadt Köln. Sie stellt die Frage, wer der konkrete Ansprechpartner bei der Stadt Köln für die Weiterverfolgung auch zu den Themen Transgender und Transidentität sei, um Vorschläge für die Unterstützung durch die Stadt Köln zu machen.

Frau Reker teilt dazu mit, dass in solchen Fragen das Team LST in der Punktdienststelle Diversity zuständig sei. Sie möge sich dann bitte an Herrn Rahmfeld oder Frau Knaup wenden.

5.4 Bebauungspläne

Frau Müller bedankt sich für die Einladung und die Bereitschaft, den Tagesordnungspunkt vorzuziehen. Sie habe sich bereits im Juni mit Herrn Malavasi, Frau Wolf und

Herrn Schuhmacher zum Thema Bebauungspläne und Ausschluss von Vergnügungsstätten zusammen gesetzt, um dieses zu erörtern.

Das Ziel des Ausschlusses von Vergnügungsstätten ist, die Unverträglichkeit verschiedener Nutzungen in einem Gebiet zu unterbinden. In Köln gebe es einen sehr hohen Anteil von Wohnungsbau in den Quartieren und in der Innenstadt. Der Schutz des Wohnens sei ein Anlass zum Umgang mit Vergnügungsstätten.

Der Begriff „Vergnügungsstätten“ sei deutlich definiert als eine gewerbliche Nutzung, die sich in ihrer Ausprägung an den Spiel-, Sexual- und Geselligkeitstrieb wenden. Die Kombination von Gastronomie, Darkroom, Wettbüro oder Diskothek sei in der Regel als Vergnügungsstätte zu betrachten. Wichtig sei hier auch die vorherrschende Nutzung. Bei einer Gastronomie im üblichen Sinne dürfe es beispielsweise keine Zugangskontrollen oder Eintrittsforderungen geben. Die Öffnungszeiten dürften nicht über die üblichen Öffnungszeiten für einen Gastronomiebetrieb von 3-4 Uhr hinaus gehen.

Das Stadtplanungsamt müsse prüfen, ob Störungen mit der angrenzenden Wohnnutzung erkennbar seien. Meist handele es sich um mögliche Ruhestörung und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern, die eine Störung ihrer Wohnqualität sehen. In den Bezirkszentren gebe es Trading-down-Effekte, wenn der Einzelhandel durch Vergnügungsstätten wie z.B. Spielhallen höhere Mietpreise zahlen müsse.

Ein Instrument der Planung sei das Baugesetzbuch. Überall, wo die städtebauliche Ordnung es erfordere, sei eine Planung nötig. Das Stadtplanungsamt mache Bestandsaufnahmen und erarbeite dann ein Konzept für einen Bebauungsplan.

Die konkrete Frage, ob z.B. die Kneipe „Boners“ eine Vergnügungsstätte sei, stelle sich nicht, solange es sich um eine Gaststätte handele. Im Internetauftritt der Kneipe sei jedoch klar erkennbar, dass eine Zugangskontrolle stattfinde, Eintrittspreise verlangt werden und die Öffnungszeiten weit über die üblichen Zeiten einer Gaststätte hinausgehen. Per Definition handele es sich hier um eine Vergnügungsstätte.

Hinsichtlich von Wettbüros und Spielhallen gebe es eine neue gesetzliche Regelung, die diese Betriebe in einem Umkreis von 300 Metern um Schulen und Kindergärten verbiete.

Die Frage, ob gewisse Betriebe planungsrechtlich ausgeschlossen und bestehende Betriebe in das Abseits gestellt werden sollen, müsse vor dem Hintergrund des Ziels, Störungen der Nutzung zu vermeiden, beantwortet werden. Die Stadt Köln habe keinen Anlass, bestimmte Betriebe zugunsten von Zielgruppen auszuschließen oder zuzulassen. Der Begriff Vergnügungsstätte gelte für alle gleich.

Es gebe auch Bereiche, in denen gar keine Nutzung ausgeschlossen werde. In Kerngebieten seien Vergnügungsstätten in der Regel zulässig. Nach dem Gesetz müsse man zwischen Wohngebieten, besonderen Wohngebieten, Mischgebieten und Kerngebieten unterscheiden.

In nächster Zeit seien noch Beschlüsse vorgesehen in Porz (Urbach, Antoniusstraße), wo ein Trading-down-Effekt vermieden werden solle, und in Kalk an der Kalker Hauptstraße, sowie in Mülheim an der Berliner Straße und in Buchforst.

Herr Saurenbach merkt an, dass das Argument der längeren Öffnungszeiten auf fast alle Gaststätten, in denen ein vorwiegend schwules Publikum verkehre, zutreffe. Auch schwule Saunen seien demnach wohl unter den Begriff der Vergnügungsstätten zu fassen.

Herr Breite führt an, es ginge bei der Anfrage der StadtAG weniger um die Probleme mit Spielhallen als vielmehr um den sexuellen Trieb. Gerade in Mülheim könne es nun

keine Vergnügungsstätten geben, wie sie Herr Saurenbach vorgestellt habe. Flächendeckend könne sich dort nun schwules Leben nicht mehr entwickeln. Das Betreiben einer Gaststätte, die länger als bis 1:00 Uhr geöffnet habe, in den Augen mancher aber als „schmuddelig“ gelte oder sei nun nicht mehr möglich. Diese machten jedoch das gesellschaftliche Leben einer Großstadt aus.

Frau Müller führt dazu aus, es gehe nicht ausschließlich um die Öffnungszeiten. Auch Gaststätten, die über 1:00 Uhr hinaus geöffnet haben, gelten nicht automatisch als Vergnügungsstätte. Dazu sei eine Kombination mehrerer Aspekte, wie z.B. die Zugangskontrolle und der Eintritt, erforderlich. Gastronomie sei generell in einem Wohngebiet zulässig, solange sie keine Störungen der Wohnbevölkerung in der Nachbarschaft verursache. Auch in Mülheim ginge es um den Schutz der Wohnungen und die Vermeidung des Trading-down-Effekts. Unter den steigenden Mietpreisen durch eine Häufung von Spielhallen habe der Einzelhandel gelitten. Dies gelte allerdings nicht für Kerngebiete.

Herr Schuhmacher sieht den Auftrag der Politik an die Verwaltung nicht hauptsächlich im Bereich der Vergnügungsstätten, sondern konkret im Bereich der Spielhallen. Auch durch das seit Mai 2013 geltende Nichtraucherschutzgesetz werde die Bevölkerung durch Raucher, die vor der Kneipentür rauchen und sich dabei unterhalten, gestört. Danach könne jedes Lokal betroffen sein. Er fragt, ob es keine Möglichkeit gebe, den Begriff der Vergnügungsstätten so zu definieren, dass nicht Betriebe betroffen seien, die von der Politik gar nicht gemeint waren, wenn es doch hauptsächlich um die Probleme mit Spielhallen ginge. Außerdem stelle sich die Frage, ob nun im Beschwerdefall jedes Lokal, das sich als Vergnügungsstätte herausstelle, geschlossen werden könne.

Frau Müller führt aus, dass mehrere Elemente zusammen zutreffen müssen, um einen Gastronomiebetrieb zur Vergnügungsstätte zu machen. Probleme gebe es in der gesamten Stadt. Es werden jedoch keine Gastronomiebetriebe geschlossen. Der Gastronom müsse Sorge dafür tragen, dass seine Gäste, die vor der Tür stehen, ruhig sind oder in das Lokal zurück kehrten. Die Mischung in Köln verlange gegenseitige Rücksichtnahme. Ein Beispiel sei auch der Brüsseler Platz, an dem es erhebliche Probleme gegeben habe. Durch die neuen gesetzlichen Regelungen für Spielhallen und Wettbüros müsse die Stadt Köln im Bereich der Vergnügungsstätten nicht weiter tätig werden.

Herr Siemens fragt, ob bei dem Ermessensspielraum, den die Definition der Vergnügungsstätten biete, auch die Möglichkeit einer Einflussnahme bestehe. Außerdem bittet er um Auskunft, wie die Gefahren, die von einer Vergnügungsstätte ausgehen können, konkret aussehen.

Frau Müller nennt als Hauptgrund für mögliche Beeinträchtigungen Emissionen, die hauptsächlich durch Lärmentwicklung entstehen können. Schlangen, die vor einer Vergnügungsstätte an der Einlasskontrolle warten müssen, könnten zu einer solchen Lärmbelästigung führen. Jeder Gastronomiebetrieb habe auch bei Änderungen des Bebauungsplans Bestandschutz. Bei Neu- oder Änderungsanträgen müsse dann eine neue Prüfung erfolgen.

Frau Wolf bittet um Auskunft, ob bei Änderung der Gesetzeslage, die den Abstand von Spielhallen zu Schulen vorschreibe, eine Regelung durch Bebauungspläne überhaupt noch erforderlich sei.

Frau Müller teilt mit, dass es in der Bonner Straße einige Anträge auf Eröffnung von Spielhallen gegeben habe. Diese könnten jedoch nur rechtsmittelfähig abgelehnt wer-

den, wenn es dazu auch einen Bebauungsplan gebe. Ansonsten könne die Stadt schadensersatzpflichtig werden.

Herr Saurenbach fragt, ob der Wirt für alles zuständig ist, was seine Gäste vor der Tür verursachen und ob der Wirt auch für den Lärm seiner Gäste verantwortlich gemacht werden kann, den sie nach dem Verlassen seines Lokals verursachen. Es gehe z.B. um Probleme durch lautes Wegfahren und Türeenschlagen.

Frau Müller sagt dazu, dass eine Gastronomie auch in Wohngebieten zulässig sei. Übliche Geräusche, die von der Gaststätte ausgingen, müssten von den Anwohnern akzeptiert werden. Wichtig sei immer Rücksichtnahme.

Herr Malavasi dankt Herrn Schuhmacher und Herrn Breite, dass sie das Thema auf die Tagesordnung gebracht haben. Es sei deutlich geworden, dass trotz richtigen politischen Willens bei der Vermeidung von Spielhallen auch Kollateralschäden entstehen könnten. Grundsätzlich gebe es vor allem im Innenstadtbereich sehr viele Wohngebiete, in denen es immer wieder zu Konflikten kommen könne. Es gebe aber auch die Tendenz, wie beispielsweise in der Hohe Pforte, wo aus Mischgebieten durch eine Umplanung Wohngebiete gemacht werden und viele lesbisch-schwule Lokale betroffen seien. Für das kulturelle Leben von Lesben und Schwulen haben diese Lokale jedoch eine erhebliche Bedeutung. Die von Frau Müller dargelegte Definition von Vergnügungsstätten habe Mängel, da besonders für schwule Männer diese Lokale nicht als Vergnügungsstätten, sondern als Gaststätten wahrgenommen werden. Die Ausübung von Sexualität in Kneipen habe gerade für Schwule eine andere Bedeutung als für ein heterosexuelles Umfeld. Es gehe hier um Freiräume, Schutzräume und eine eigene Lebenskultur. Man müsse an dieser Stelle auch bedenken, was die bebauungsrechtlichen Einschränkungen für eine Stadt wie Köln, die über eine ausgeprägte schwule Ausgehkultur verfüge, bedeuteten. Lokale wie das Station 2b seien, spätestens bei einem Betreiberwechsel, in ihrem Bestandschutz gefährdet. Die Politik solle bedenken, dass es Sensibilitäten gebe, die im Vorfeld eines Bebauungsplan-Prozesses berücksichtigt werden müssten. Es bestehe immerhin die Gefahr, dass ein Teil der schwulen Lebenskultur ausgeschlossen werde.

Frau Reker gibt ihrer Hoffnung Ausdruck, dass die Diskussion zu einem besseren Verständnis führe und bedankt sich herzlich bei Frau Müller für ihre Ausführungen.

Frau Reker bittet, aufgrund einer Anfrage von Herrn Dr. Schulz auch die Punkte 5.1 und 5.1.1 vorzuziehen. Von den Mitgliedern gibt es dazu keinen Widerspruch.

Beschluss:

5.5 Bauvorhaben Gürzenich

Herr Siemens teilt zu diesem Punkt mit, dass der KLuST e.V. die Befürchtung habe, der Gürzenichvorplatz könne im Jahr 2014 für die Ausrichtung des Straßenfestes zum Colognepride nicht zur Verfügung stehen. Man wolle sich ausführlich mit dem Platzvergabekonzept der Stadt Köln beschäftigen und versuchen, mit allen Fraktionen zu diesem Thema ins Gespräch zu kommen.

Frau Siep erklärt dazu, die Bedenken seien unbegründet. Man sei mit der Baufirma im Gespräch. Von dort wurde bestätigt, dass der Platz auf keinen Fall mit Baueinrichtungen oder Fahrzeugen o.ä. belegt werden solle. Es sollen lediglich ausnahmsweise Fahrzeuge in der Gürzenichstraße parken oder rangieren können. Am Wochenende des Colognepride sollen auch diese Tätigkeiten eingestellt werden. Der Fußgängertunnel direkt an der Baustelle bleibe jedoch bestehen.

Herr Ehrenfried ergänzt, dass sich der genannte Tunnel beim letzten Colognepride als hilfreich erwiesen habe, da er die Möglichkeit geboten habe, an der Menschenmenge auf dem Platz vorbei zu gehen.

Frau Wolf fragt, ob am Freitag und Samstag des CSD-Wochenendes die Fahrzeuge in diesem Bereich rangieren werden.

Herr Ehrenfried äußert dazu, dass hier kein Problem entstehen solle. Er habe mit dem Amt für Straßenverkehrstechnik Rücksprache genommen und von dort die Mitteilung erhalten, dass auf der Gürzenichstraße lediglich eine Wartezone für LKW geplant sei. Diese werde im Rahmen des Straßenfestes zum CSD zurück gerufen. Dies sei dem Bauherrn auch bekannt. Die Baustelle werde nicht über den bisherigen Rahmen ausgedehnt.

6 Berichte aus Ausschüssen

Zu diesem Punkt gibt es keine Wortmeldungen

7 Beschlüsse/Beschlussempfehlungen

Zu diesem Punkt gibt es keine Wortmeldungen

8 Anfragen/Anträge

Herr Schuhmacher teilt mit, dass am 28.09.2013 die Gaycom, der lesbisch-schwule Städtetag, in Bielefeld stattfindet. Die stimmberechtigten Mitglieder regten an, im nächsten Jahr diese Veranstaltung im Rathaus der Stadt Köln zu organisieren.

Frau Reker erklärt, dass dieses Anliegen bereits beim Amt des Oberbürgermeisters angemeldet worden sei. Sie begrüße es ebenfalls, wenn die Tagung in Köln stattfinden könne.

Herr Siemens schlägt vor, dass Herr Rahmfeld als Leiter des LST-Bereichs an der Gaycom in Bielefeld teilnehmen solle.

Frau Reker bestätigt dazu, dass Frau Knaup und Herr Rahmfeld bereits für die Veranstaltung angemeldet seien und an der Tagung teilnehmen werden.

Herr Schuhmacher regt an, ein Treffen mit den Akteuren aus dem Bereich Behindertenpolitik durchzuführen, zu dem Frau Reker einladen solle.

Frau Reker begrüßt diesen Vorschlag. Das Thema habe sie auf der Agenda; sie erhoffe sich von einer solchen Veranstaltung einen Input für den Bereich Diversity. Es solle jedoch die Besetzung der Leitungsstelle im Diversity-Bereich abgewartet werden.

9 Öffentlichkeitsarbeit

Herr Schuhmacher könne sich vorstellen, eine Pressemitteilung zum Ratsantrag Wolgograd zu erstellen, aus der die Unterstützung der StadtAG LST hervorgehe.

Herr Wolter bittet darum, die Sitzung des Rates und den Beschluss abzuwarten, bevor sich die StadtAG an die Presse richtet.

Herr Rahmfeld sagt zu, sich wegen einer Pressemitteilung in dieser Sache mit Herrn Schuhmacher abzustimmen, nachdem der Rat über den Antrag entschieden habe.

10 Themen der nächsten Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

Frau Reker erklärt, die Mitglieder der StadtAG LST haben bereits im Vorfeld der Sitzung einige Vorschläge gemacht. Danach solle das Thema „Adoption“ in der Sitzung am 19.11.2013 als Schwerpunktthema behandelt werden. Dazu werde Frau Dr. Blatz einen Vortrag vorbereiten. Es werde darum gebeten, zu der Sitzung eine Vertreterin oder einen Vertreter des Jugendamtes einzuladen, die zum aktuellen Handling des Jugendamtes bei Adoptionsfragen von lesbischen und schwulen Paaren Auskunft geben könne.

Das Thema „Transgender“ und das Thema „Religion und Homophobie“ sollen ebenso wie das Thema „Wirtschaftsfaktor“ nach Abstimmung mit den stimmberechtigten Mitgliedern in eine der nächsten Sitzungen geschoben werden.

Herr Schuhmacher schlägt vor, es bei dem einen Schwerpunktthema „Adoption“ zu belassen, um die Sitzung nicht durch einen zu engen zeitlichen Rahmen zu überfrachten und den zu besprechenden Themen gerecht zu werden.

11 Verschiedenes

Zu diesem Thema gibt es keine Wortmeldungen.

gez. Reker
(Geschäftsführerin)

gez. Rahmfeld
(Fachstelle für LST)